3. Jahrgang / Nr. 167

Einzelnummer 25 Pfg.

Schlesische Arbeiter-Zeitung

Parteiblatt der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Bezugspreis: Einzelnummer 25 Pf. Durch Austräger 1,80 Mk. für die Woche, 6,10 Mk. für den Monat. Durch die Post 6,10 Mk. für den Monat. Postscheckkonto Nr. 23 885 „Sozialistischer Verlag e. G. m. b. H.", Breslau. Fernsprech-Anschluß: Ring Nr. 087.

Sonntag, den 31. Juli 1921

Anzeigenpreise: Die 8gespaltene Millimeterzeile oder deren Raum 0,90 Mk., auswärts 0,90 Mk. Stellen- und Wohnungsgesuche, Familiennachrichten, Vereins- und Versammlungsanzeigen 0,40 Mk. Reklame: Die Millimeterzeile, Textspalte oder deren Raum im Text 4.— Mk.

Gegen die Schandtaten der Breslauer politischen Polizei.

Die Breslauer Polizei ist in der Verfolgung der Kommunisten besonders eifrig. Mit allen Schikanen und mit ihrem ganzen Heer von angestellten und bezahlten Spitzeln legt sie ihre Haupttätigkeit auf die Verfolgung der revolutionären Arbeiter.

Die Breslauer Polizei, in der Sozialdemokraten Einfluß zu besitzen behaupten, kann ungehindert von der Breslauer Sozialdemokratie ihr skandalöses Handwerk treiben.

Die Orgeschformationen können weiter ihre Hauptbüros aufrecht erhalten. Die Junker und Kapitalisten können ungehindert ihre Güter und Villen mit verschiedenen Waffen verproviantieren, ohne von den Arbeitervertretern, ohne von den Beamten des Polizeipräsidenten daran gehindert zu werden.

Trotz der sich dauernd wiederholenden Blamagen, die sich die politische Polizei mit Herrn Lyß an der Spitze schon geholt hat, legen sie ihr Hauptgewicht auf die Bekämpfung der Kommunisten.

Gegen die Schandtaten und den offenen wiederholten Rechtsbruch der Polizei und der Breslauer Richter und Staatsanwälte hatte die VKPD. eine Versammlung einberufen, in der die Genossin Rosi Wolfstein sprach.

Auf die Aufforderung unserer Parteileitung an die Spitzen der Behörden, ihre Taten zu verteidigen, war „nur" das ganze Personal der politischen Abteilung erschienen. Nicht aber, um sich von ihrem rechtswidrigen Standpunkt überzeugen zu lassen, sondern unter allen Umständen wieder einen neuen Fall zu konstruieren.

Die Genossin Wolfstein hatte in vortrefflichen Ausführungen das schmähliche Verhalten der Polizei und Gerichtsorgane gebrandmarkt. Insbesondere hatte sie die Angst des Polizeipräsidenten treffend charakterisiert, wenn es galt, gegen die rechtsstehenden Kreise vorzugehen. Sie hatte sich dabei auf ein Urteil des Orgeschhäuptlings Escherich berufen. Dieser Herr habe den Herrn Präsidenten hingestellt als einen Mann, der schon bei der Nennung des Namen „Orgesch" die Hosen voll habe. Um aber seinen Befähigungsnachweis zu erbringen, gehe er und seine untergeordneten Organe mit der größten Brutalität gegen linksstehende Arbeiter vor.

Die Versammlung, über die wir gestern berichteten, verlief ohne Zwischenfall. Als aber unsere Rednerin am Abend nach Berlin fahren wollte, machte sie die Wahrnehmung, daß der ganze Bahnhof von Spitzeln wimmelte, die offensichtlich nach der Genossin Wolfstein suchten.

Da unter den Spitzeln auch Leute des hiesigen Büro des „Ordnungskommissar" Weißmann waren, und dieser Herr Weißmann einen Geheimbefehl herausgegeben hatte, unter allen Umständen die Landtagsabgeordnete Wolfstein „auf frischer Tat" zu ertappen, um die Anklägerin seiner Schandtaten unschädlich zu machen, zog es unsere Genossin vor, 24 Stunden unsichtbar zu bleiben.

Wie recht sie damit tat, geht daraus hervor, daß nach den tölpelhaften Versuchen, die Verhaftung auf dem Bahnhof vorzunehmen, am andern Morgen die ganze Meute losgelassen wurde, um unserer Genossin habhaft zu werden.

Eine ganze Anzahl von Spitzeln waren bei den verschiedensten unserer Genossen in der Wohnung, um nach unserer Genossin zu forschen. Eine Wirtschaft, in der verschiedene Genossen verkehrten, wurde ständig bewacht und heimgesucht.

Durch einen unglücklichen Zufall gelang es den Kriminalwachtmeister Herbst vom 15. Revier unsere Genossin doch noch zu stellen. Auf seinen Pfiff sprang gleich ein in der Nähe seit Stunden postierter Sipomann hinzu. Auf die Erklärung, daß sie Abgeordnete sei, erklärte Herbst, und wiederholte es auf der Revierwache, daß er den Befehl habe, sie zu dem Herrn Hilfskommissar Lyß zu bringen.

Es ist der Gipfel der Lügenhaftigkeit des Herrn Lyß, wenn er dann erklärte, daß er keinerlei Anweisung gegeben habe, die Abgeordnete Wolfstein zu verhaften.

Lyß stellte die Verhaftung als einen unglücklichen Mißgriff seiner untergeordneten Beamten hin und entließ gnädigst unsere Genossin.

Unsere Genossin wurde dann bei dem Herrn Polizeipräsidenten selbst vorstellig, der natürlich die größte Ahnungslosigkeit heuchelte und den herbeigeholten Herrn Lyß wie einen jungen Mann abtoffelte, daß er weiß bis in die Nasenspitze wurde. Herr Liebermann versprach eingehende Untersuchung, verwahrte sich gegen den Verdacht, daß er mit der Spitzelzentrale des Herrn Weißmann zusammenarbeite, und stellte exemplarische Bestrafung der „untergeordneten Organe" in Aussicht. Das ist die alte, so bewährte Praxis, die oberen Organe geben Anordnungen, die, wenn sie sie nicht für durchführbar halten, aus Feigheit abgestritten, als eine Entgleisung der „untergeordneten Organe" hingestellt werden. Merkt ihr endlich, ihr „untergeordneten Organe", wie man mit eurer Ehre Schindluder treibt? Ihr gebt dauernd an, im Auftrage des Herrn Lyß oder des Herrn Liebermann zu handeln. Wenn man diese Herren stellt, ziehen sie den Schwanz ein wie geprügelte Hunde und gebrauchen die feigsten Ausreden.

Ihr Gehilfen des Herrn Lyß erkennt endlich die Schamlosigkeit der Handlungen eurer Vorgesetzten. Wenn ihr noch einen Funken von Berufsehre im Leibe habt, dann steht zusammen und erklärt den Herren Lyß und Liebermann, daß auch ein Polizeibeamter verlangen kann, als anständiger Mensch behandelt zu werden.

Auf jeden Fall müssen wir aber verlangen, daß das Ergebnis der versprochenen Untersuchung der Oeffentlichkeit unterbreitet wird. Wir bitten bei dieser Untersuchung nicht zu vergessen, festzustellen, wer die „untergeordneten Organe" auf die Jagd nach der Genossin Wolfstein geschickt hat.

Ihr Arbeiter in Breslau und in Schlesien, erkennt, wie notwendig es ist, daß die „Kommunistenfalle" in Breslau, der Hochburg der Sozialdemokraten, dem Bereich des „Genossen" Oberpräsidenten Zimmer endlich einmal ausgeräumt wird. Nicht untergeordnete Organe, sondern der nach dem Titel eines „Kriminalinspektors" lüsterne Herr Lyß und sein Protektor, der Herr Liebermann, sind die treibenden Kräfte und müssen beseitigt werden.

Wir verlangen aber auch, das Herr Minister des Innern, Dominikus, endlich einmal feststellt, ob er seine Einwilligung zur Tätigkeit des Oberspitzelkommissar Weißmann, der Fälle konstruiert, um mißliebige Abgeordnete „auf frischer Tat" zu ertappen, gegeben hat. Die Immunität in der freiesten Republik wäre, wenn nicht einmal Redefreiheit der Abgeordneten garantiert ist, ein Fetzen, der die Fratze der Konterrevolution verhüllt.

„Nie wieder Krieg!"

III.

Die imperialistischen Konflikte der Nachkriegszeit.

Der Weltkrieg wurde nicht beendet durch die Pazifisten von heute, Mehrheitssozialisten und Unabhängige und das demokratische Bürgertum und Kleinbürgertum, sondern durch zwei Faktoren: die Ungleichheit der Widerstandskraft der verschiedenen imperialistischen Staaten einerseits, die revolutionäre Welle, die von Rußland 1917 ihren Ausgang nahm und sich 1918 nach Mitteleuropa fortpflanzte, andererseits. Diese beiden Faktoren sind nicht getrennt zu betrachten, sie bedingten sich wechselseitig. Das zaristische Rußland, das den jüngsten, schwächsten, auf feudalen Verhältnissen aufgepfropften, unfähigsten und darum brutalsten Kapitalismus besaß, das seit dem Anfang des Jahrhunderts die Revolution im Leibe trug, mußte zuerst zusammenbrechen unter der Wucht der Schläge des imperialistischen Gegners und der eigenen revolutionierten Massen. Ihm folgte die verrottete Habsburgermonarchie und der halbabsolutistische Hohenzollernstaat, die ihrerseits dem fester gegründeten, leistungsfähigeren Imperialismus der Westmächte nicht standhalten konnten und eben darum die eigenen Volksmassen zur Rebellion brachten. Es ist ein müßiger Streit, der heute noch zwischen der demokratischen und der deutschnationalen Presse um die „Dolchstoß-Legende" geführt wird, der Streit um die Frage, ob der imperialistische Zusammenbruch die Novemberrevolution oder die Novemberrevolution den imperialistischen Zusammenbruch herbeigeführt habe. Jedes ist ohne das andere undenkbar. Sie sind die beiden Seiten ein und desselben Prozesses.

Zu Ende des Krieges erlebte der Pazifismus einen Aufschwung wie nie zuvor. Weite Teile der Bourgeoisie, die einsahen, daß die Kriegführung ihre imperialistischen Ziele nicht erreichen würde, waren pazifistisch geworden. Der Pazifismus fand seine Kristallisation in dem Friedensprogramm der an der Regelung der europäischen Verhältnisse am wenigsten interessierten amerikanischen Bourgeoisie, den berühmten 14 Punkten des Präsidenten Wilson. Die Sozialdemokraten beider Richtungen, vor allem die Unabhängigen, stellten sich auf den Boden dieses Friedensprogramms. Die ungeheure Mehrzahl der Arbeiterklasse in allen Ländern war pazifistisch, sie hatte des Krieges übergenug und hoffte, nun er beendet, daß im ganzen, wenigstens ökonomisch, die Zustände von vor 1914 wiederkehren würden. Die pazifistischen Illusionen zerstoben sehr bald. An die Stelle der 14 Punkte Wilsons trat der „Gewaltfriede von Versailles". An Stelle einer friedlichen Neuordnung der europäischen und außereuropäischen Verhältnisse trat eine schier unabsehbare Fülle neuer oder doch mit neuem Inhalt gefüllter Konflikte: zwischen Frankreich und Deutschland um das Rheinland und Oberschlesien, zwischen England und Deutschland, um europäische Absatzmärkte, zwischen Frankreich und England in Mittel- und Osteuropa und in Kleinasien, zwischen England und den Vereinigten Staaten um die Oelquellen der ganzen Welt und um asiatische Märkte, zwischen Amerika und Japan in Ostasien usw. Dazu tritt der Gegensatz aller imperialistischen Mächte zu der russischen Arbeiter- und Bauernrepublik. Alle diese Konflikte führten und führen seit „Kriegsende" ständig zu kriegerischen Auseinandersetzungen. Militärische Sanktionen am Rhein, Aufstand in Oberschlesien, griechisch-türkischer Krieg in Kleinasien, Kriegsvorbereitungen Frankreichs, Rumäniens, Polens gegen Sowjetrußland, das ist z. B. die Signatur des gegenwärtigen Augenblicks. Durch jede dieser kriegerischen Auseinandersetzungen werden die Konflikte nicht gelöst, sondern noch mehr verwirrt und neue aufgeworfen. Die Bourgeoisie vermag sie nicht zu lösen und ebensowenig die „pazifistische" Außenpolitik der Sozialdemokraten.

Mit dem Weltkrieg und dem Beginn der Weltrevolution hat sich der Charakter der imperialistischen Konflikte, vor allem soweit sie sich in Europa abspielen, verändert. Rangen vor dem Kriege die beiden mächtigsten europäischen Imperialismen, der deutsche und der englische, um die Weltherrschaft, so ringen jetzt die imperialistischen Staaten Mittel- und Westeuropas teils mit „friedlichen" ökonomischen, teils mit versteckt oder offen kriegerischen Mitteln um ihre Existenz, um die infolge der Verarmung der Volksmassen und die Kapitalisierung der außereuropäischen Länder ungeheuer verringerten Absatzmärkte. Wie vor dem Kriege nimmt auch heute der deutsche Imperialismus eine besondere Stellung in diesem Ringen ein. Vor dem Kriege der heißhungrigste, ungestümste, ist er heute, nach dem Kriege, gelähmt, durch Niederlage und Revolution ins Mark getroffen. Er versucht mit Hilfe eines Krückstocks sich wieder aufzurichten. Dieser Krückstock ist der Vertrag von Versailles. In ihm haben die für die Kapitalistenklasse unlösbaren Widersprüche ihre sichtbarste Verkörperung gefunden. Der Versailler Vertrag soll zugleich den deutschen Imperialismus niederhalten und der deutschen Bourgeoisie die weitere Ausübung ihrer Klassenherrschaft sichern. Denn die Bourgeoisie eines jeden Landes fühlt sich durch den Zusammenbruch einer benachbarten

---

Arbeiter! Arbeiterinnen! Angestellte!

Donnerstag, den 4. August Massendemonstration

Gegen jeden imperialistischen Krieg! Gegen den Belagerungszustand! Gegen die Schandjustiz! Für die Freilassung aller politischen Gefangenen! Für die soziale Revolution! Für den Sturz des Kapitalismus!

Sammelpunkt 6 Uhr abends auf dem Schloßplatz.

kann die Bourgeoisie eines hochentwickelten kapitalistischen Landes nicht als Klasse existieren, ohne imperialistisch zu sein. Die deutsche Bourgeoisie versucht beständig, wenigstens einen Teil ihrer früheren ökonomischen Stellung mit Hilfe des Versailler Vertrages zurückzuerobern, um schließlich den Versailler Vertrag als durch die Tatsachen selbst überholt, abzuwerfen. Die verschiedenen außenpolitischen Methoden der verschiedenen deutschen Kabinette, der **Erzberger, Simons, Wirth**, waren nur verschiedene Mittel zu diesem selben Ziel.

Die innerpolitische Seite dieses Ringens um die Wiederentfaltung des Imperialismus ist die weitere Senkung des Preises der Arbeitskraft, des Anteils der Arbeiterklasse an den von ihr produzierten Gütern in allen fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern, vor allem aber in Deutschland, das eben durch seine billige Arbeitskraft, durch Schmutzkonkurrenz gegenüber den Siegerstaaten, einen Teil der verlorenen Märkte wiederzuerlangen trachtet. Fortschreitende Teuerung, ständige Vermehrung der direkten und indirekten Steuern, Lohnabzug und Lohnabbau sind die Formen, in denen dieser Prozeß sich abspielt. Die Steigerung der Ausbeutung kann aber nur vollzogen werden an einem politisch unmündigen und ohnmächtigen Proletariat. Daher die innerpolitische Offensive der Bourgeoisie, in der sie nach und nach die ihr im November 1918 entglittene Macht zurückeroberte, und trotz der demokratischen Errungenschaften der Novemberrevolution eine Gewaltherrschaft gegen das Proletariat errichtete, wie sie das Deutschland der Hohenzollern nicht gekannt hat. Diese Gewaltherrschaft wurde eingeleitet durch die blutige Niederwerfung der Arbeiter- und Soldatenräte. Sie tobt sich heute aus in dem ungezügelten Wüten der Justiz gegen die Märzkämpfer. Die unhaltbare Lage der deutschen Bourgeoisie zwischen der Vormundschaft der französischen Bourgeoisie und der Bedrohung durch das deutsche Proletariat findet ihren Ausdruck in der Schaffung einer illegalen bewaffneten Macht, der Orgesch und ihrer Tendenz, sich, je länger diese unhaltbare Lage dauert, desto mehr von der Bourgeoisie selbständig zu machen.

So ist das Fazit der seit dem Ende des Weltkriegs verstrichenen Jahre und die Tendenz der weiteren kapitalistischen Entwicklung: Verschärfung der imperialistischen Gegensätze, kriegerischer oder „friedlicher" Austrag auf Kosten des Proletariats, und politische und ökonomische Offensive der Bourgeoisie gegen das Proletariat mit dem Ziel einer unerhörten Steigerung der kapitalistischen Ausbeutung als Mittel der imperialistischen Auseinandersetzung und der Erhaltung ihrer Klassenherrschaft.

Politische Uebersicht.

Der Kampf gegen die Hungersnot in Rußland.

Die rechtsstehende Presse setzt ihre schamlose Hetze gegen jede Unterstützung der Hungernden in Sowjetrußland fort. Obwohl sie selbst über die zunehmende Dürre in Deutschland und deren verderbliche Folgen für die Landwirtschaft spaltenlange Artikel bringt, macht sie mit eiserner Stirn die bolschewistischen Machthaber für die Hungersnot in einer Anzahl russischer Gouvernements verantwortlich, ja sie schreckt sogar nicht davor zurück, den Dichter Maxim Gorki in der unflätigsten Weise zu beschimpfen, weil dieser sich an die Spitze einer internationalen Hilfsaktion für seine gefährdeten Landsleute gestellt hat. Das Gesindel, dem das heutige Elend in der Welt in erster Linie zu danken ist, schäumt geradezu vor Wut, weil es noch Menschen gibt, die es für ihre Pflicht halten, menschliche Wesen vor dem Verhungern zu schützen zu suchen. Die ganze Herzensrohheit dieses gebildeten Pöbels erhellt zur Zeit wiederum aus einer Entschließung der **Deutschen Volkspartei in München**, die in der Forderung ausklingt, **kein Gramm Lebensmittel, kein Pfennig, dürfe an Sowjetrußland verschwendet werden.** Kann man von diesen nationalistischen Gewaltmenschen schlechterdings nichts anderes erwarten, so packt einen doch die Wut, wenn man erleben muß, daß engstirnige Parteibureaukraten der SPD. es auch jetzt nicht unterlassen können, ihren giftigen Geifer gegen Sowjetrußland zu verspritzen. Die sozialdemokratische kriegshetzerische Magdeburger „Volksstimme" verschwendet nämlich in ihrer letzten Nummer wieder fast eine ganze Spalte ihres Raumes zur Begeiferung der „russischen" Zustände. So pflegen Sozialdemokraten in der Praxis die „Menschlichkeit", die parteiamtlich beschlossen und verkündet wurde!

Geradezu wohltuend von dem wütenden Geklaff dieser sozialdemokratischen Spießbürger stechen die Darlegungen ab, die die bürgerliche „Frankfurter Zeitung" in ihrem Donnerstag-Abendblatt über die Katastrophe in Rußland macht, und die in die Aufforderung zu tatkräftiger Hilfe ausklingen. Es heißt darin z. B. über die Ursachen der russischen Hungersnot:

„Eine sengende Dürre, die von den Nordbergen Schottlands bis nach Asien ihre Fittiche ausbreitet, hat sich in den Gegenden an Wolga und Ural zu einer verheerenden Fackel gesteigert. Die Ernte ist in diesen Gebieten, die Deutschlands Fläche an Umfang erreichen, entweder gänzlich oder bis auf spärliche Reste zugrunde gegangen. Nicht die Aussaat ist geerntet worden. Was die Dürre übrig gelassen hat, haben Brände vernichtet, was diese nicht erreichten, haben die Heuschrecken gefressen ...."

„Die unmittelbare Ursache dieser Schrecken ist elementarer Art. Menschliche Erfindung ist nicht imstande den Himmel zu öffnen und Regen zu senden, wenn Wind und Sonne Hitze und Dürre verbreiten .... Es ginge nicht an, das bolschewistische Regiment des armen Ostlandes als Ursache dieser schweren Not zu behandeln ... Diese chaotische Zerrüttung führt letzten Endes auf den Krieg zurück, und an dem Kriege waren nicht die Bolschewisten schuld, sondern das Zarentum, der panslawistische Imperialismus, die verschlagenen Kriegstreiber Sasonow, Suchomlinow, Januschkjewitsch, Nikolai Nikolajewitsch u. a. ....."

Sogenannte Sozialisten können sich leider nicht zu dieser Objektivität aufschwingen. Desto schlimmer für sie!

Die internationale Hilfsaktion.

Die russische Regierung ist weiter unermüdlich tätig, um die Not der Bevölkerung der von der Mißernte betroffenen Gouvernements zu lindern. Aber auch das **russische Proletariat** beweist wieder seine längst berühmte Opferwilligkeit. So haben die **Eisenbahner von Samarkand** zu Gunsten der Hungernden auf ihre **fünftägige Lebensmittelration verzichtet.** Die Mitarbeiter der kommunistischen Zeitung in Tscherepowez überweisen ihren gesamten Ueberstundenlohn den Hungernden. Die **Kommunalbeamten** dieser Stadt verzichten bis zur neuen Ernte täglich auf **ein halbes Pfund Brot** ihrer Ration. Die Arbeiter der **Putilow-Werke** haben zu Gunsten der Hungernden eine Sammlung veranstaltet, die einen großen Ertrag an Geld und Lebensmitteln erbrachte. **Die Matrosen der baltischen Flotte** veranstalten eine **Sammelwoche** für die Hungernden.

Aber auch außerhalb Rußlands hat das revolutionäre Proneuerdings auch in Frankreich und in der Tschecho-Slowakei. Auch aus London wird berichtet, daß die englische Arbeiterschaft und einflußreiche bürgerliche Kreise eine großzügige Hilfsaktion für Sowjetrußland in die Wege leiten. Im Unterhaus tagte eine Konferenz von Parlamentsmitgliedern und anderen einflußreichen Personen, vor der ein Sekretär der russischen Vertretung in London über die Lage in den Hungerbezirken berichtete. Es wurde ein Hilfskomitee unter Vorsitz des Arbeiterparteimitgliedes **Oberst Wedgwood** eingesetzt. Im englischen **Parlament** wurde eine Anfrage an die Regierung gerichtet, ob sie ihre Hilfe bei der Hungersnot in Südrußland gewähren wolle. Lloyd George antwortete, er habe noch keine offiziellen Berichte über die Hungersnot in Rußland erhalten, außer einer Mitteilung der russischen Krassin-Delegation. Nach Eintreffen einer offiziellen Bitte werde die Regierung Stellung nehmen. Die englische **konservative** Presse, protestiert gleich ihren deutschen Gesinnungsgenossen **gegen** jede Hilfsaktion zu Gunsten Sowjetrußlands. Dagegen hat **die amerikanische Hilfskommission an Maxim Gorki** ein Telegramm gesandt, in dem mitgeteilt wird, daß eine Organisation fertiggestellt sei, um **eine Million russischer Kinder und Kranker unter ihre Obhut zu nehmen und Medikamente, Lebensmittel und Kleider bereit zu stellen.** Zur Bedingung wird gemacht, daß die in Rußland verhafteten Amerikaner unverzüglich freigelassen und der Hilfsexpedition Unverletzlichkeit und Schutz zugesichert werde.

Aufruf der linksrevolutionären Auslandsrussen.

An die Werktätigen der ganzen Welt!

Millionen Bauern und Arbeiter Rußlands sterben an Hunger und Epidemien. Ein unerhörtes **elementares Unglück** droht die volksreichsten Gouvernements **Rußlands völlig zu zerstören.**

Der Krieg und drei Jahre ununterbrochenen Kampfes zur Verwirklichung der sozialistischen Ideale hat die Kraft des Volkes erschöpft, und nur mit der Hilfe der gesamten Kulturwelt wird es imstande sein, das Unheil von sich abzuwenden.

Die erste und stärkste Hoffnung des revolutionären Rußland jedoch ist auf die aktive Unterstützung der Werktätigen aller Länder gerichtet. Ihnen steht es zu in der Hilfsaktion für das hungernde Rußland die Initiative zu ergreifen. Ihre Aufgabe ist es, allen anderen Bevölkerungsschichten und ihrer Regierung klar zu machen, daß, wenn diese Hilfe nicht rechtzeitig kommt, wenn keine Maßnahmen zur Erstickung der Epidemien ergriffen werden, wenn nicht die Möglichkeit geschaffen wird, die Felder zu bestellen — das Unglück, das Rußland betroffen hat, zu einer Weltkatastrophe, zu einer sich viele Jahre hinziehenden Krise werden wird.

Die Partei der linken Sozial-Revolutionäre (Internationalisten) wendet sich an die Werktätigen aller Länder ohne Ansehung der Partei-Zugehörigkeit, mit dem flammenden Aufruf, ihnen in Rußland vor Hunger sterbenden Brüdern ohne Zögern zu Hilfe zu kommen.

Das internationale Schacherobjekt Oberschlesien.

Das deutschnationale Preßgelichter füllt nach wie vor ganze Zeitungsspalten mit Spitzelberichten und Tendenzlügen über polnische Rüstungen zu einem neuen Aufstand, den die französische Regierung direkt finanzieren soll. Die Häufung dieser Lügenmeldungen hat sie jedoch längst jeder Wirkung auf ernsthafte Menschen beraubt. Auch der famose „Deutsche Ausschuß für Oberschlesien" ist wieder an die Oeffentlichkeit getreten. In einem langen Protestschreiben, in dem er mit wenig Geschick die Rolle des Lämmchens zu spielen sucht, das kein Wässerchen trüben kann, erhebt er endlose Klagen gegen polnischen Terror und französische Begünstigung des Polentreibens. Er heischt von der JK. sofortige Hilfe. Diese könne aber nur in einer raschen Entscheidung über das Schicksal Oberschlesiens bestehen. Auch der **General Höfer** findet den Augenblick für opportun, um sich wieder in empfehlende Erinnerung zu bringen. Er stöhnt jetzt noch darüber, daß es ihm nicht vergönnt war, seine angriffsfreudige, opferwillige Truppe auf die †††-Polacken loszulassen zu können, findet aber eine gewisse Entschädigung für „sein herbes Los" darin, daß der oberschlesische Selbstschutzrummel „die vaterländische Begeisterung, den Glauben an das Deutschtum, den Geist der Vaterlandsliebe, und der nationalen Würde" wieder mächtig zum Aufblühen gebracht habe. Die französischen Säbelrassler werden schmunzeln über das Elaborat ihres lieben Kollegen, das ihnen ihre Hetzarbeit wieder bedeutend erleichtert.

Aber auch die bekannte Variante über die „wachsende Gefahr des Bolschewismus" fehlt in dem Preßkonzert nicht. Die „Tena" bringt aus **Rybnik** eine lange Meldung über die zunehmende Zuchtlosigkeit der Arbeiterschaft. Die Betriebe würden tatsächlich von den Betriebsräten oder sogenannten Vollzugsräten geführt, man verprügele die Direktoren und Werksleiter und wilde Wohnungskommissionen nähmen mit Härte und Willkür allerlei Enteignungen und Hinaussetzungen vor. Wenn der Oberste Rat nicht rasch Abhilfe schaffe, würde sich der Kreis Rybnik zu einem bolschewistischen Seuchenherd für Mitteleuropa entwickeln. Es entbehrt nicht des Reizes, daß der „Vorwärts" in einem Leitartikel genau dieselbe Melodei herunterleiert. Er bringt genau dieselben Anschuldigungen gegen die Polen, erhebt genau dieselben Vorwürfe gegen die französischen Besatzungstruppen und betreibt — last not least — dasselbe krampfhafte Schwenken des roten Bolschewistenlappens. Nur daß er die Darstellung der „Tena" noch insofern **überbietet,** als er behauptet, die polnische Barriere gegen den Bolschewismus sei innerlich morsch und außerstande, den Strom des Bolschewismus aufzuhalten. Es zeigt sich hier eben wieder einmal, daß dieselbe Spießbürgerpolitik auch die Anwendung derselben Kampfmittel notwendig macht.

Die Spannung, die zwischen der Regierung **Briands** und **Lloyd Georges** wegen der Entsendung neuer französischer Truppen nach dem oberschlesischen Abstimmungsgebiet entstanden war, hat bedeutend nachgelassen. Der französische Botschafter Saint-Aulaire hat mit seiner zweiten Note an die britische Regierung in London **keinen Eindruck zu schinden vermocht. Lord Curzon** verweigert nach wie vor seine Zustimmung zur Entsendung neuer Truppen nach Oberschlesien und hält die deutsche Weigerung für berechtigt. Da die Franzosen diesen Widerstand nicht zu brechen vermochten und vorläufig nicht gewillt sind, die englische Zustimmung durch Kompensationen im Orient zu erkaufen, laufen sie zwar noch scheltend und polternd hinter dem Wagen der englischen Diplomatie her, finden sich aber nichtsdestoweniger, wenn auch unter Zähneknirschen, mit den Tatsachen ab. Der offiziöse „Temps" fühlt sich schon veranlaßt, die übrige Presse darauf hinzuweisen, daß es ihre Pflicht sei, erstens der Politik Briands keine Schwierigkeiten zu machen und zweitens die Beziehungen zwischen den Alliierten nicht durch ihren Radau zu vergiften. Er empfiehlt also die glatte Unterwerfung Frankreichs unter den Willen Lord Curzons und sucht diesen Rückzug zu maskieren mit dem Hinweis auf das unbestreitbare „Recht" Frankreichs, jedweden deutschen Angriff auf französische Truppen in Oberschlesien mit sofortigen Sanktionen, die an irgendeinem Punkte des Deutschen Reichs durchzuführen wären, zu beantworten. Durch seine Weigerung, die Truppensendungen nach Oberschlesien zuzulassen, habe England das Recht verwirkt, in einem solchen Falle irgendwelche Einwendungen gegen ein selbständiges französisches Vorgehen zu erheben.

Die Nachgiebigkeit Briands hat auf die polnischen Nationalisten wie eine kalte Dusche gewirkt. Der polnische Ministerrat trat zu einer außerordentlichen Sitzung zusammen, um die neue Lage zu beraten. Einige nationalistische Heißsporne forderten energisch eine Gegenaktion gegen die englischen Teilungs-Pläne. Mehrere Hetzblätter erheben heftige Vorwürfe gegen Briand, der Frankreichs ganze bisherige Politik glatt verleugne, und überhäufen die polnische Regierung mit den wüstesten Schmähungen. Die Erregung unter den polnischen Nationalisten läßt deutlich erkennen, daß Frankreichs neue Haltung die polnischen imperialistischen Raubpläne Polens erschwert und in

Die eingetretene Entspannung zwischen Frankreich und England bedeutet aber absolut keine Lösung, sondern nur eine Verschiebung des oberschlesischen Konfliktes. Er wird sofort wieder akut werden, sobald der oberste Rat die Teilung Oberschlesiens vornimmt. Die Arbeiterklasse muß deshalb den kommenden Dingen stark und gewappnet gegenüberstehen.

Regierungskrise in Thüringen.

In der Donnerstagsitzung des Thüringer Landtages erfolgte die Ablehnung der von der Landesregierung eingebrachten Grund- und Gewerbesteuer durch die bürgerlichen Parteien und Kommunisten (mit 26 gegen 25 Stimmen). Der Minister Dr. **Paulsen** bat darauf, die Sitzung zu unterbrechen, bis die Regierung Stellung zu der durch Ablehnung der Steuervorlage geschaffenen Lage nehmen könne. Nach Wiederbeginn der Sitzung gab die Regierung folgende Erklärung ab:

„Nachdem der Landtag in seiner Mehrheit hierdurch den für die Finanzierung des Landes unentbehrlichen Gesetzentwurf über die Grundsteuer abgelehnt hat, ziehen die Mitglieder des Ministeriums die Folgerung aus dieser Sachlage und stellen dem Landtag hierdurch ihre Ämter zur Verfügung."

Die USP. stellte nach Entgegennahme der Regierungserklärung einen Antrag auf **Auflösung des Landtages.**

Dem Antrag der USP. widersprach der deutschnationale von **Eichel-Streiber**, so daß der Antrag der USP. geschäftsordnungsmäßig erst am Sonnabend behandelt werden kann. Als ein Vertreter der Sozialdemokratie beantragte, die Freitagsitzung des Landtages ausfallen zu lassen, wurde von der Rechten heftig widersprochen. Es entstanden Lärmszenen, und der Präsident drohte, die Sitzung zu schließen. Nach Schluß der Sitzung fanden zwischen den Fraktionen Verhandlungen über die Auswirkung des Landtagsbeschlusses statt. Die Sozialdemokraten stehen, wie das rechtssozialistische „Volk" meldet, „mit großer Sympathie zu einer Auflösung des Landtages" (!). Ueber die Haltung der Rechten und Demokraten ist bis jetzt noch nichts bekannt.

Die sozialdemokratisch-demokratische Regierung Thüringens stand seit ihrem Bestehen auf sehr schwachen Füßen. Die Kommunisten bildeten das Zünglein an der Wage. Ihrer loyalen Opposition hat es die Regierung zu verdanken, daß sie bis heute am Ruder bleiben konnte. Mit dem Augenblick, wo die Thüringer Landesregierung immer offener in das Fahrwasser der Reaktion geriet, änderte sich folgerichtig die Stellung der kommunistischen Fraktion zur Regierung. Die Vorgänge in der **Landespolizei**, die Entlassung ihres republikanischen Kommandeurs **Müller-Brandenburg**, die infame Hetze gegen den Innenminister von **Brandenstein**, die seine Rücktrittserklärung zur Folge hatte, und der Kampf der Regierung gegen die kommunistischen Beamten in Thüringen, zwangen unsere Fraktion, der Regierung den offenen Kampf anzusagen und ihr die neuen Steuern zu verweigern.

Die bodenlose **Verleumdung**, die sich die rechtssozialistische und unabhängige Thüringer Presse leistet, die in fetten Schlagzeilen eine **„kommunistisch-deutschnationale Arbeitsgemeinschaft im Thüringer Landtag"** ankündigt, ist weiter nichts als der Ausbruch der **Furcht** vor den kommenden Neuwahlen zum Landtag. Die Regierung **Paulsen-Fröhlich** hat längst ihre Existenzberechtigung verloren. Ihr noch weitere Mittel bewilligen, die in erster Linie aus den proletarischen Massen gezogen werden sollen, hieße, die Thüringer Arbeiterschaft verraten und verkaufen. Die Kommunisten Thüringens sehen den kommenden Wahlen ruhig entgegen. Sie werden sie benutzen, um den Thüringer Rechtssozialisten und Unabhängigen die scheinheilige Larve vom Gesicht zu reißen und sie zu brandmarken als das, als was sie im Laufe ihrer Regierungstätigkeit in der Praxis immer und immer wieder bewiesen haben: **als Verräter der proletarischen Interessen im Interesse der Reaktion.**

Kahr gegen „Rote Gewerkschaftsinternationale" und „Kommunistischer Gewerkschafter".

Wir haben bereits kurz mitgeteilt, daß der Regierungspräsident von Oberbayern die „Rote Gewerkschaftsinternationale" und den „Kommunistischen Gewerkschafter" verboten hat. Die Begründung verdient, der breitesten Oeffentlichkeit bekannt zu werden. Sie hat folgenden Wortlaut:

„Die Wochenschrift „Die Rote Gewerkschaftsinternationale" veröffentlicht in ihrer Nummer 21 vom 11. 6. 21 einen Aufruf an sämtliche Arbeiter und Angestellte Deutschlands, in dem die Rede ist von den großen Gefahren, die der Weiterbestand der gegenwärtigen Wirtschaftsordnung in sich birgt."

Weiter heißt es dort:

„Ueberall im Lande wütet die Klassenjustiz gegen die Arbeiter, fällt Tausende von Jahren Zuchthaus gegen freiheitsliebende Klassengenossen. Arbeitermörder aber lassen dieselben Richter laufen."

Der Artikel ruft endlich allen Arbeitern zu: „Erkennt die Notwendigkeit eines einheitlich vorbereiteten und durchgeführten Kampfes. Eurer Verelendung kann nur Halt geboten werden, wenn sich jeder Arbeiter kampfesfreudig der Roten Gewerkschaftsinternationale anschließt, ihre Parolen befolgt und unablässig die kleinmütigen und verzagten Arbeiterbrüder aufmuntert bis zur Erringung der klassenlosen Gesellschaft durch die Rätediktatur. Erkennt, daß der Befreiungskampf der Arbeiter nur das Werk der Arbeiter selbst sein kann. Nieder mit dem Kapitalismus! . . ."

In einem ganz ähnlichen Ton ist der „Kommunistische Gewerkschafter" gehalten. Diese Druckschrift erscheint außerdem in demselben Verlage und ist der „Roten Gewerkschaftsinternationale" angeschlossen.

Eine solch aufreizende Sprache, wie oben angegeben, ist in hohem Maße geeignet, Unruhen und Gewaltakte hervorzurufen. Zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung war deshalb zu verfügen, wie geschehen."

Herr Graßmann vom ADGB. hat kürzlich in Hamburg scherzhaft — anders kann es doch wohl nicht gemeint gewesen sein — behauptet, „wir Bedächtigen werden vom Kapitalismus am meisten gefürchtet." Herr Kahr ist offenbar anderer Meinung. Der hält es für notwendig, die „Bedächtigen" durch den Kampf gegen die Kommunisten zu unterstützen, die es wagen, den Arbeitern die schlichte Wahrheit zu sagen:

„Erkennt, daß der Befreiungskampf der Arbeiter nur das Werk der Arbeiter selbst sein kann."

Die Einheitsfront im Kampf ums Brot.

Die VKP. Württembergs hat gegen die Brotpreiserhöhung und die wachsende Steuerlast am Mittwoch und Donnerstag in allen größeren Städten Württembergs große Protestversammlungen abgehalten. Nach den bis jetzt vorliegenden Berichten waren die Versammlungen überall sehr stark besucht. In Ravensburg und Schramberg waren die Versammlungen überfüllt. In Tuttlingen sprachen in der Diskussion die Redner der USP. und SPD. für die Resolution der VKP. Unsere Redner ernteten stürmischen Beifall.

Folgende Resolution wurde in allen Versammlungen einstimmig angenommen:

Die von der VKP. Württembergs einberufene öffentliche Versammlung, die von den Arbeitern aller Parteien und Gewerkschaften stark besucht ist, erkennt, daß die Lasten des Ultimatums von der herrschenden Klasse auf das Proletariat abgewälzt werden. Der neue Steuerentwurf der Reichsregierung, der beabsichtigte Lohnabbau, die Arbeitszeitverlängerung, die eintretende Teuerung,

des Bretes, führen zur Verelendung der gesamten Arbeiterschaft. Gegen diese drohenden Gefahren müssen sich sofort alle Arbeiter ohne Unterschied der Partei zur Wehr setzen. Um diesen Abwehrkampf erfolgreich führen zu können, verlangen die versammelten Arbeiter und Arbeiterinnen, daß die **Betriebsrätezentrale** und das **Bezirkskartell** der vereinigten Gewerkschaften **sofort die Betriebsräte des gesamten Landes zu einer gemeinsamen Konferenz** zusammenrufen, um Mittel und Wege gegen die Teuerung und den Steuertrug zu beraten und die gesamte Arbeiterschaft zum Kampfe gegen die Verelendungsgefahr aufzurufen.

Die Versammlungen sind ein Zeichen der starken Erregung der württembergischen Arbeiterschaft und ihres Kampfeswillens.

Erfolg der vorpommerschen Landarbeiter.

Auf der Insel Rügen ist der Streik beendet. Der Lohn, früher 1,70 Mark, ist auf 2,10 Mark festgesetzt. Die Differenz ist ab Februar nachzuzahlen, sämtliche Streikenden sind wieder einzustellen. Im Kreise Greifswald ist der Streik unter den gleichen Bedingungen beigelegt.

Wie uns weiter mitgeteilt wird, verlangten erhebliche Teile der Arbeiter von Rügen vor der Arbeitsaufnahme die Auszahlung der als Nachzahlung fälligen Summe, weil sie den Gutsbesitzern nicht trauen. Wenn die Nachzahlung nicht sofort erfolgt, sind die Landarbeiter entschlossen, den Streik wieder aufzunehmen.

Die Arbeiter des dem Kreise Greifswald benachbarten Kreises Franzburg befinden sich in Gärung. Sie verlangen, daß auch ihnen der höhere Lohn ab Februar d. J. nachgezahlt werde.

Der Erfolg muß für die Landarbeiter ein Ansporn sein, ihren Verband zu einer wirklichen Kampforganisation zu machen.

Eine kommende Bauarbeiterbewegung in Baden.

Der Bezirk Baden des Deutschen Bauarbeiterverbandes hat Forderungen auf Lohnerhöhung gestellt. Das Bezirkslohnamt hat darauf für die über 21 Jahre alten gelernten Arbeiter eine Stundenlohnzulage von 50 Pfg., und für die Handlanger eine solche von 35 Pfg. offeriert. Dies Angebot, bei dem die Arbeiter unter 21 Jahre leer ausgehen, ist von den Oberbadischen Bauarbeitern abgelehnt worden. Die übrigen badischen Bauarbeiter werden der Ablehnung zweifellos folgen. **Wenn das Lohnamt keine weiteren Zugeständnisse macht, wird der Ausbruch eines Kampfes in der ganzen badischen Bauindustrie unvermeidlich sein.**

Die Hannoverschen Mehrheitssozialisten für die Koalition mit der Volkspartei.

Dem „Berliner Tageblatt" wird aus Hannover geschrieben:

Die Generalversammlung des mehrheitssozialistischen Ortsvereins Hannover wandte sich gegen die starre Festlegung der Fraktionen durch Parteitagsbeschlüsse und nahm folgenden Antrag zum Görlitzer Parteitag an:

„Die Reichstagsfraktion und die Landtagsfraktion haben bei Regierungsbildungen ihre Entscheidung im Einvernehmen mit Parteivorstand und Parteiausschuß zu treffen."

Ein Antrag, demzufolge die Generalversammlung das Nichteintreten der preußischen Landtagsfraktion in die preußische Regierung billigen sollte, wurde von Leinert bekämpft und alsdann nahezu einstimmig abgelehnt.

Die Hannoversche Ortsgruppe der SPD. hat sich also für die Koalition mit der deutschen Volkspartei ausgesprochen. Offenbar haben dort der ehemalige preußische Ministerpräsident und Orgeschbeschützer Leinert und der Oberpräsident und Arbeiterschlächter Noske das Heft völlig in der Hand.

Nach Höchst — Solingen.

Die „Vossische Zeitung" teilt mit:

In Solingen haben die **Mehrheitssozialisten** und die **Unabhängigen** in der Stadtverordnetenversammlung eine **Arbeitsgemeinschaft** gebildet. Die Anregung hierzu ging von den **Unabhängigen** aus. In Solingen hat die Fraktion der Unabhängigen nur geringe Bedeutung, da sie durch die letzten Wahlen fast völlig zertrümmert worden ist.

Ausland.

Die Revolutionäre Streikbewegung in Polen.

(TU.) Warschau, 28. Juli.

Durch Polen geht gegenwärtig eine fieberhafte Streikwelle, der ein revolutionärer Einschlag nicht abgesprochen werden kann. Das gilt namentlich von dem Textilarbeiterstreik in Lodz. Erst jetzt werden nähere Einzelheiten über die schweren Zusammenstöße zwischen Polizei und Streikenden bekannt, die sich um die Mitte dieses Monats in Lodz abgespielt haben. Nachdem den streikenden Textilarbeitern bekanntgeworden war, daß acht ihrer Hauptführer erschossen seien, fand eine große Demonstration gegen die Regierung statt, an der sich etwa 50 000 Arbeiter beteiligten. Die Menge versuchte, die Gefängnisse zu stürmen und die politischen Gefangenen zu befreien. Der Stadtkommandant von Lodz setzte Militär ein, es kam zu einem regelrechten Straßenkampf, bei dem es auf beiden Seiten Tote und Verwundete gab. Schließlich gewann das Militär die Oberhand und trieb die Menge auseinander. Die Polizei nahm im Anschluß an diese Unruhen zahlreiche Verhaftungen vor. Die Gründe für den Textilarbeiterstreik liegen einmal in der Nichtbezahlung der den Arbeitern versprochenen Löhne durch die Fabrikanten, sodann in der seit dem 15. d. Mts. ganz besonders fühlbaren maßlosen Teuerung. Die Führer der streikenden Textilarbeiter in Lodz erklären, daß die Arbeiterschaft nicht länger gesonnen sei, sich von der Regierung mit Redensarten hinhalten zu lassen.

Zu Streikunruhen kam es auch in Graudenz, Bromberg, Thorn und Posen, namentlich aber in Neustadt. In Neustadt wurde am 16. Juli der Generalstreik erklärt. Große Kundgebungen und Umzüge fanden statt, bei denen Lebensmittelgeschäfte geplündert wurden. Sehr beachtlich für die weitere Entwicklung der sozialen Bewegung ist aber der Umstand, daß bei den am 18. und 20. Juli in Posen und Bromberg abgehaltenen Eisenbahnerversammlungen unzweideutig zum Ausdruck kam, daß die gesamten Eisenbahner zum Mittel der Streiks greifen wollen. Die Regierung in Warschau befürchtet daher, daß in den nächsten Tagen der gesamte Eisenbahnverkehr in Polen zum Stillstand kommen wird.

In Lodz fließt Arbeiterblut.

Laut „Przeglad Wieczorny" ist es in Lodz zu schweren Zusammenstößen zwischen Polizei und Streikenden gekommen, bei denen es beiderseits schwere Verluste gab.

Die Arbeiterschaft in der Slowakei will sich mit der Waffe in der Hand verteidigen!

Preßburg, 29. Juli.

In der Slowakei ist es zu Zusammenstößen zwischen der Gendarmerie und Arbeiterschaft gekommen. Die Arbeiter in der Slowakei erklärten, sie seien nicht mehr bereit, dem Treiben der Reaktion ruhig zuzusehen, sondern sie werden sich bewaffnen, um das Leben und die Rechte der Arbeiterschaft mit der Waffe in der Hand zu verteidigen.

Wiener Soldaten gegen den Kriegsminister.

In Wien demonstrierten vor dem Ministerium für Heereswesen ein Teil der Wehrmacht, unterstützt von Kommunisten, gegen die neuen Dienstvorschriften. Es wurden Schmährufe gegen den Kriegsminister und Bedrohung mit einem bewaffneten Eintreten der Wehrmacht zum Ausdruck gebracht.

Rußland reitet die ungarischen Kommunisten.

Die ungarisch-russischen Austauschverhandlungen sind beendet worden, die Unterzeichnung des Vertrages erfolgt nunmehr. Die Sowjetregierung liefert sämtliche Kriegsgefangenen gegen die allmähliche Auslieferung von 400 ungarischen Kommunisten, worunter sich zehn zum Tode verurteilte Volkkommissare befinden, aus.

Der sterbende Reformismus in den französischen Gewerkschaften.

Vom Kongreß des französischen Metallarbeiterverbandes ist ein weiterer Sieg der revolutionären Fraktion, des Komitees der syndikalistischen Revolutionäre (C.S.R.), zu melden. Bei der Abstimmung über die gewerkschaftliche Taktik ist gestern das reformistische Zentralbureau, mit Merrheim an der Spitze, in die Minderheit geraten. Es stimmten 113 Delegierte für die Resolution des C.S.R., 112 für die Richtlinien der Reformisten, 2 Delegierten enthielten sich der Stimme.

Diese Erscheinung ist ein sehr bedeutungsvoller Fortschritt. Der Metallarbeiterverband ist eine der stärksten französischen Gewerkschaften. Ihr bekanntester Zentralsekretär, Merrheim, galt in den Gewerkschaften nach seiner geistigen Mauserung zum Reformisten, die mit dem Kriegsende bei ihm einsetzte, als einer der besten Vertreter des rechten Flügels. Was er in Zimmerwald und Kienthal zu werden versprach, hat er nicht gehalten. Dafür hat er um so bessere Arbeit geleistet, seitdem er nach rechts abgeschwenkt ist. Während der Sekretär des Gewerkschaftsbundes, Léon Jouhaux, der übrigens viel weniger taugt als der nunmehr abgesägte Sekretär der Metallarbeiter, schon bei Kriegsausbruch sich mit der Bourgeoisie aussöhnte, machte Merrheim gleichzeitig mit Dumoulin seinen Sündenfall erst am Ende des Krieges, indem er die Revolution verwünschte. Einmal auf der schiefen Ebene angelangt, ging es mit ihm rasch bergab. Das Renegaten-Kleeblatt Jouhaux-Dumoulin-Merrheim überbot sich selbst in Schimpfereien gegen die Revolution und alles Revolutionäre. Merrheim gab sich ganz besondere Mühe, Sowjetrußland in den Augen der französischen Arbeiter zu diskreditieren. Im „Peuple", dessen monatliches Defizit von 70 000 Franken zwar aus den Beiträgen aller Gewerkschaftler ohne Unterschied gedeckt wird, das aber seine Spalten ganz ausschließlich den Amsterdamern zur Verfügung stellt und ein richtiges Wischblatt ist, ist Merrheim in der letzten Zeit fast in jeder Nummer auf seine Art über Rußland und die Kommunisten hergezogen. Er hat nun seinen wohlverdienten Lohn dafür, und es wird nunmehr wohl auch nicht mehr lange dauern, bis auch Dumoulin und Jouhaux auf ihren gelben Lorbeeren werden ausruhen können.

Die angenommene Resolution der revolutionären Fraktion spiegelt den Geist, der in dem C.S.R. lebt, sehr gut wieder. Wir wollen daraus kurz einige Stellen wiedergeben:

„Der 5. Kongreß der Gewerkschaft der Metallarbeiter erinnert an die revolutionäre Vergangenheit der Arbeiter der Metallindustrie. Er erklärt, daß angesichts der beständigen Verschärfung des Klassenkampfes, die naturnotwendig aus den unlösbaren wirtschaftlichen Konflikten entspringt, das wesentliche Ziel der revolutionären Gewerkschaftsbewegung, die Aufhebung der Lohnarbeit und des Kapitals, nicht aus den Augen verloren werden darf.

Der Kongreß erklärt in Übereinstimmung mit dem Programm von Amiens, daß die revolutionären Gewerkschaften für die täglichen Lebensnotwendigkeiten der Arbeiter kämpfen müssen. Er erklärt weiter, daß die Interessen der Ausgebeuteten mit denen der Ausbeuter in einem unüberbrückbaren Gegensatz stehen, und er verurteilt daher die Theorie des sogenannten Allgemeininteresses, die in der kapitalistischen Gesellschaft nur eine Theorie des Unsinns darstellen kann.

Wir müssen heute schon alle sozialen Reformen, die wir erstreben, an dem Maßstabe des Kommunistischen Endzieles messen. Im Kampfe um die sozialen Reformen können wir uns nur auf die eigene Kraft der Arbeiterklasse stützen. Das „Internationale Bureau der Arbeit" des Völkerbundes, ebenso wie die gemischten Kommissionen der Regierungs-, Unternehmer- und Arbeiter-Vertreter, werden vom Kongreß ein für allemal verworfen.

Der Kongreß konstatiert, daß dem Unternehmertum im Kampfe gegen die Arbeiter jede staatliche Hilfe zur Seite steht (Staat und Kommunen, Polizei und Armee). Die Gewerkschaft muß sich daher diesen Kräften, überall wo sie zu fassen sind, entgegenwerfen; sie muß antimilitaristisch und antipatriotisch sein.

Eine wirklich internationale und auf dem Boden des Klassenkampfes stehende Gewerkschaftsbewegung kann nicht der Amsterdamer Internationale angeschlossen sein, die eng mit dem von den kapitalistischen Regierungen subventionierten „Internationalen Bureau der Arbeit" des Völkerbundes verbunden ist.

Der Kongreß verurteilt den Antrag Dumoulin, dem der Gewerkschaftsausschuß dreimal seine Zustimmung erteilt hat, und der auf Ausschließungen und Spaltungen hinzielt."

Arbeitsfriede.

18] Roman von Franz Jung.

Copyright by Der Malik-Verlag, Berlin-Halensee 1921.

Sie kamen ja nicht als Bettler. Wollten auch keine Arbeit, obwohl sie sich vorgenommen hatten, auch die Werkstätte in Empfehlung zu bringen. Man konnte ja nie wissen, vielleicht war der da gar nicht so schlimm, wie man sagte. Der Kaufmann war noch am ängstlichsten, denn er hatte wohl schon mit ihm zu tun gehabt. Und von dem guten Willen des Alten hing jetzt viel ab. Etwas ängstlich waren selbstverständlich die andern auch. Sie hatten nämlich keine Ruhe gegeben, diesen Gang zu beschleunigen. Andere hatten vorgeschlagen, erst mal hintenherum zu hören, vielleicht erst einen vorzuschieben, der noch nichts Bestimmtes sagt. Aber das gleich aufs Ganze hatte schließlich gesiegt. Besser war es schon, gleich zu wissen, woran man ist. Sie berieten zum so und so vielten Male, wie sie sich verhalten wollten. Das Beste wäre, sagten sie anschließend, dem Mann nicht zu sehr zu widersprechen, und ihn ruhig reden zu lassen. Wir besprechen uns dann nachher unter uns, was wir daraus machen können. Und nicht mit der Tür ins Haus fallen. So einer ist im Stande und schmeißt uns schon raus vor Eigensinn und schlechter Laune. Viel wird er sowieso von uns nicht wissen wollen, dachten sie. Der Kaufmann muß den Sprecher machen und wenn Fragen gestellt werden, werden sie selbst schon antworten. Ob er wohl weiß, daß so eine Gewerkschaft über größere Gelder verfügt, als dieses ganze Land hier wert ist, meinte einer, wir wollen ja auch nichts geschenkt haben, bekräftigten sie. Der Kaufmann aber hieß sie davon stille sein. Sie mußten damit operieren, daß sie pachten wollten oder überhaupt nur die Erlaubnis, ein paar Morgen Haide zu bebauen. Der kann doch froh sein, wenn das Land kultiviert wird. Und hat man ihn soweit, dann können wir schon ein anderes Mal weiter zufassen. Wir werden ja sehen, sagten sie, und damit bogen sie in den Gutshof ein.

Der alte Weißbach sah recht verdrießlich aus, wie er sie empfing. Er blieb in seinem Sorgenstuhl am Fenster sitzen, die Füße hatte er mit Tüchern umwickelt, und wie er die Eintretenden dann aufforderte Platz zu nehmen, wußten die erst nicht recht, sollten sie sich setzen oder nicht. In der Mitte dieses dunklen Zimmers, ein Baum dicht vorm Fenster nahm ihm jedes Licht, stand ein breiter Tisch, ein schweres protziges Stück Möbel. Um den setzten sie sich. Hier muß es ziemlich feucht sein, dachten sie, es riecht auch so muffig, und dabei scheint der noch die Gicht zu haben. Und ihre hellen luftigen Wohnungen, in denen die Sonne war, erschienen wieder vor ihnen. Der Kaufmann hatte in den allgemeinsten Worten das, was sie zunächst wollten, gerade auseinandergesetzt und der Alte hörte bedächtig zu. Jetzt hieß es aufpassen. Sie hatten keine Zeit mehr nachzudenken über die alte Frau, die ihnen die Tür geöffnet hatte, ob sie wohl überhaupt noch zur Arbeit zu gebrauchen war, so krumm und klapprig hatte sie ausgesehen — und über den Zustand der Baulichkeiten, die sie gerade mit dem ersten Blick überflogen hatten. Das Wohnhaus, so schmutzig und baufällig es auch von außen erscheinen mochte, war doch das massige Herrenhaus, wie solche auf dem Lande noch stehen. Efeu und Wein rankten dran empor und haben die Fassade unter sich kein Vieh, na, man wird ja hören, trösteten sie sich. Die Stille schärft das Mißtrauen. Sie hörten sehr aufmerksam zu. Ein Teil hielt den Kopf vorgebeugt, als dürfe ihm auch kein Wort entgehen, als warteten sie nur auf das Zeichen loszulegen. Der andere Teil saß in sich versunken, bedächtig und weise, als ließen sie das, was der Kaufmann vorbrachte, noch einmal prüfend genau vor ihrem geistigen Auge vorüberziehen. Und sie wogen dabei fortwährend den Stand ihrer Aussichten und gaben sich auch verstohlen manchmal einen Blick.

Aber der Alte schien seltsamerweise garnichts dagegen zu haben. Er ließ sich erklären, wie sie das Land bebauen wollten und fragte nach Einzelheiten aus der Siedlung und sagte schließlich, man könne ja über die Benutzung des Geländes einen Vertrag ausarbeiten, verdienen wolle er daran nichts. Das ging alles besser wie man erwarten konnte. Der Alte machte sich sehr verständig. Und es trat eine kleine Pause in der Unterhaltung ein. Der Kaufmann, der bisher bis auf wenige Zwischenbemerkungen verschiedentlich nach einem schicklichen Abgang suchte. Der Alte kaute an seinem Schnurrbart. Man sah ordentlich, wie der Mann von Tag zu Tag verfiel und eintrocknete. Der Kaufmann sah sich nach den andern um. Er hätte vielleicht gern gesehen, die wären aufgestanden. Aber sie blieben sitzen und schienen gar nicht daran zu denken, das Feld zu räumen. So mußte er das Gespräch noch einmal wieder aufnehmen. Und allmählich, man fühlte deutlich, mit welcher Unlust, nur getrieben durch die hinter ihm Sitzenden, tastete er sich zu ihren eigentlichen Absichten durch. Er kam darauf, daß man den Gedanken aufnehmen könne, wieder neu zu bauen, und daß man dann vielleicht auf jene Grundstücke rechnen könne, wenn man zu einer entsprechenden Erweiterung ihres ersten Vertrags käme. Warum denn nicht, sagte der Alte, schließlich kommen Sie gerade noch zur rechten Zeit, denn ich bin die längste Zeit hier gewesen. Da erst horchten die andern auf, und sie begannen mit dreinzusprechen vom Bau und der Zusammenfassung der Kolonien und der Kaufmann rückte mehr und mehr in den Hintergrund. Weißbach war vielleicht überhaupt froh, von seinen Dingen sprechen zu können. Er wurde jetzt ganz gesprächig. Er fing davon an, daß er noch gar nicht wisse, ob er nicht selbst bald rausgesetzt würde. Es sei schon Zwangsverwaltung beantragt, aber noch einmal abgewiesen worden. Er gäbe mehr aus für Rechtsanwälte als für die ganze Wirtschaft. Die ist auch nichts mehr wert. Ich habe es satt. Das waren immer wiederkehrende Redensarten. Und er sähe jetzt selbst ein, das beste wäre, das ganze zu bekaufen. Das Land ist durch die Stadt verseucht, sagte er, es gedeiht da nichts mehr. Aber er bekam auch andere Antworten darauf zu hören. Die Verabredung war vergessen, und sie stritten ihm ziemlich so alles ab. Der Alte nahm es aber nicht weiter übel. Jetzt erst erinnerte sich der Kaufmann.

Der Alte lebte in Unfrieden mit seinem Bruder und der war jetzt gestorben. Der Alte hatte das Gut vom Vater übernommen, und sich verpflichten müssen, dem Bruder Nießbrauch zu bezahlen. Die Brüder hatten sich auch immer gut verstanden. Sie lebten zusammen in der Wirtschaft viele Jahre lang. Der denn er tat nichts, saß so herum. Das ging so lange, bis dieser Bruder auch heiratete und sich immer mehr auf dem Gut häuslich einrichtete. Der ältere blieb unverheiratet. Was Geld ausgeben hieß, da hatten sich schließlich beide nichts vorzuwerfen, denn auch der Alte hatte seine Maitressen in der Stadt und sich eine Zeit mal in den Kopf gesetzt, Pferde zu züchten. In Sportkreisen hatte er aber, wie noch das Gerücht ging, keinen guten Eingang gefunden, denn man hielt ihn für einen Bauer. Er war weder Offizier, noch hatte er studiert. Er hatte wohl nicht mal gedient aus irgend einem Grunde. So steckte er die Zuchtversuche bald auf, da sie zudem noch riesige Summen verschlang. Da war der Bruder glücklicher gewesen. Der hatte großen Verkehr in der Stadt, und bald kamen auch die ersten Wechsel, die der ältere einlösen mußte. So ging das weiter und schnell bergab. Es kam Zank und Streit und schließlich zog der Bruder mit Frau und Kindern ab nachdem er noch eine größere Abfindung erpreßt hatte. Das war noch alles vor der Zeit, ehe Arbeitsfriede gegründet wurde. Das Gut verfiel immer mehr, der Alte ging nur noch selten aus dem Haus. Der größte Teil der Äcker war verpachtet, und der Pächter wohnte mit im Haus und besorgte die Wirtschaft mit. Alles verfiel. Der Pächter verlor auch die Lust, er war gleichfalls schon alt. Leute zum Arbeiten worden immer weniger angenommen. Es wurde nur noch das Allernotwendigste gemacht. Da war jetzt der Bruder gestorben, der Kaufmann hatte es irgendwo gelesen. Und die Erben machten Schwierigkeiten, erzählte der Alte seinen Besuchern. Sie möchten ihn am liebsten entmündigen lassen. Der Antrag war schon gestellt. Dabei hat der Bruder Hunderttausende geschluckt, weit mehr als ihm überhaupt zukam. Sie spionieren mir auf Schritt und Tritt nach. Stecken sich hinter meine Leute. Sie passen auf, ob ich mit weißem oder gelben Papier den Arsch wische und was ich auch mache, alles wird aufgeschrieben und spricht für irgend etwas, wie's gerade sein soll. Ich habs ihnen nochmal heimgezahlt, aber wer weiß, wie lange. So erzählte der Alte in einem fort. Und die Arbeiter freuten sich darüber. Sie sahen nur ihren Vorteil darin. Das Alte wurde morsch und machte den neuen Ideen Platz. Da war kein Raum für Mitleid, wenn sie auch mit ernster etwas ehrfürchtiger Miene zuhörten. Sie hätten viel lieber laut losgelacht, nicht über den Alten, aber aus Freude darüber, wie gut die Sachen standen. Auch der Kaufmann hatte jetzt wieder den Faden in der Hand. Er fand sich geschickt in die neue Lage. Er verstand sich darauf, dem Alten Mut zu machen. Er solle doch in die Stadt gehen und seinen Lebensabend in Ruhe verbringen. Die Sorgen reiben ihn auf und so weiter. Weißbach sagte darauf, daran hätte er schon lange gedacht. Es fände sich nur kein Pächter mehr. Vom Verkaufen wolle er nichts wissen, viel käme zudem nicht heraus, aber von so einer Pacht könne er vielleicht auskömmlich leben. Da antworteten die anderen nicht darauf. Das Wort erstarb ihnen ordentlich im Munde. Daran hatte überhaupt niemand zu denken gewagt, und was sie jetzt bewegte, das behielten sie still für sich. Der Alte war so aufgeräumt, daß er aufstand, um ihnen die Gebäude und den Garten zu zeigen. Damit Sie sehen daß ich nicht übertreibe, sagte er, es ist alles am Ende, nichts mehr

Proletarische Hilfsaktion für Sowjetrußland.

Die Zentrale der VKPD. versendet an die Bezirksleitungen das folgende Rundschreiben, das wir wegen seines allgemeinen Interesses zum Abdruck empfehlen:

Rundschreiben Nr. 35.

Berlin C 54, den 21. Juli 1921.

An die Bezirksleitungen!

Aus unserem Aufruf vom 23. Juli ist ersichtlich, wie wir uns im allgemeinen die Hilfsaktion für Sowjetrußland denken. Wir haben versucht, ein allgemeines Hilfskomitee zustande zu bringen, das sich aus den Vertretern der vier sozialistischen Parteien und des ADGB. zusammensetzen sollte. Der geschäftsführende Hauptausschuß der KAP. hat abgelehnt, weil er mit den anderen sozialistischen Parteien auch in dieser Angelegenheit nicht zusammen arbeiten will. Die Vorstände der SPD. und des ADGB. haben abgelehnt, weil sie die Hilfsaktion für Sowjetrußland als eine „Sache der Menschlichkeit" betrachten, die durch ein selbständiges Eingreifen der Arbeiterparteien geschädigt würde. Nur die USPD. ist zu einer von uns einberufenen Vorbesprechung erschienen, um zu erklären, daß sie in Anbetracht dieser Ablehnungen die Einsetzung eines gemeinsamen Hilfskomitees nicht für richtig halte. Es wurde mit der USPD. vereinbart, daß jede Partei gesondert zu Geldsammlungen unter der Arbeiterschaft auffordern, und daß später, wenn ein größeres Ergebnis der Geldsammlungen vorliegt, ein gemeinsames Komitee eingesetzt werden soll, das über die Verwendung der Gelder bestimmen soll. Es wurde weiter vereinbart, die Arbeiterschaft aufzufordern, **sofort einen Tagelohn abzuführen.** Ferner soll versucht werden, die SPD. dafür zu gewinnen, daß sie mit Vertretern der VKPD. und der USPD. gemeinsam auf die Regierung einwirken, um günstige Preisfestsetzungen und Ausfuhrbedingungen sowie Transporterleichterungen für die Ausfuhr nach Rußland herbeizuführen.

Wenn es auch nicht möglich gewesen ist, ein gemeinsames, zentrales Hilfskomitee zustande zu bringen, so muß doch versucht werden, in den einzelnen Orten und Bezirken aus der Arbeiterschaft solch gemeinsames Hilfskomitee zu wählen. Sei es, daß die Errichtung proletarischer Hilfskomitees durch eine Verständigung zwischen den örtlichen Partei-, Gewerkschafts- und Genossenschaftsleitungen herbeigeführt wird oder, wenn diese sich ablehnend verhalten, eine Wahl des Hilfskomitees in den Betrieben vorgenommen wird. Sollte auch auf diesem Wege ein gemeinsames Hilfskomitee nicht zustande kommen, so muß die Partei das Arrangement allein in die Hand nehmen.

Wir unterscheiden bei der Hilfsaktion zwischen der proletarischen Operaktion und der Belieferungsaktion.

I. Die proletarische Operaktion besteht in folgendem:

1. Die Arbeiterschaft ist aufzufordern, sobald als möglich einen Tagelohn für die Unterstützung der von Hunger und Krankheit bedrohten Arbeiter und Bauern abzuführen. Die Sammlung des Geldes erfolgt am besten an den Lohnzahlungstagen in den Betrieben, und zwar schlagen wir dafür vor die Lohnzahlungstage am Ende der beiden ersten Augustwochen. In jedem Betrieb ist für diesen Zweck durch unsere Fraktionen ein Komitee zu wählen, das die Gelder in Empfang nimmt und an die Stelle abzuführen hat, die in den Ortsgruppen dafür bestimmt ist. Die örtlichen Komitees haben dann das Geld sofort an die Zentrale der VKPD. lauf das Postscheckkonto: Berlin Nr. 30439, Hugo Eberlein, Berlin-Mariendorf zu senden.

2. Auf dem Lande ist zu versuchen, bei der ländlichen Bevölkerung Getreide für die Ausführung nach Rußland zu sammeln, um auch diese für die Hilfsaktion zu interessieren. Wir werden in den nächsten Tagen eine zentrale Sammelstelle für das gesammelte Getreide angeben. Vorläufig sollen die gesammelten Getreidemengen in den Ortsgruppen aufbewahrt werden, von denen die Getreidesammlung erfolgt. Es ist der Bezirksleitung davon Mitteilung zu machen, die für die Vermittlung des gesammelten Getreides an die Zentralstelle zu sorgen hat.

3. Es soll die Möglichkeit geschaffen werden, russische Arbeiter- und Bauernkinder unterzubringen und zu verpflegen. Das soll geschehen durch die Unterbringung in Kinderheimen, die durch unsere Genossinnen geleitet werden, andernteils durch Unterbringung in einzelnen Arbeiterfamilien. Es müssen deshalb Adressen von solchen Arbeiterfamilien gesammelt werden, die bereit sind, ein Kind in Verpflegung zu nehmen. Die Adressen der Arbeiterfamilien sind vorläufig von den Bezirksleitungen zu sammeln und aufzubewahren. Ferner ist Umschau zu halten, wo geeignete Kinderheime zu mieten sind. Die näheren Mitteilungen darüber sind an die Zentrale der VKPD. zu machen.

4. Es bieten sich noch manche andere Möglichkeiten für die Betätigung der proletarischen Hilfsaktion für Sowjetrußland. So können z. B. die Arbeiter einer Lokomotivfabrik sich dahin schlüssig werden, daß sie die im Betrieb gesammelten Gelder verwenden zur Beschaffung des Materials für eine Lokomotive, die sie in ihrer freien Arbeitszeit herstellen und sie als Geschenk der Arbeiterschaft der betreffenden Lokomotivfabrik der russischen Sowjetregierung zur Verfügung stellen. Dasselbe trifft zu für landwirtschaftliche Maschinen, Automobilfabriken, Schuhfabriken, Textilfabriken, chirurgischen Instrumenten u. a. Es ist jedoch ratsam, daß sich in solchen Fällen die Arbeiterschaft der betreffenden Fabriken zunächst an die Zentrale der VKPD. wendet, damit nicht auf diese Weise Fabrikate hergestellt werden, für die in Rußland ein dringendes Bedürfnis vorläufig nicht vorhanden ist. In einem solchen Falle ist es besser, die gesammelten Gelder der Zentrale für den Kauf von Medikamenten und Getreide zuzuwenden. Es ist auch Aufgabe der Bezirksleitungen, von sich aus an die betreffenden Betriebe mit entsprechenden Anregungen heranzutreten.

II. Die Belieferungsaktion soll auf folgende Weise durchgeführt werden: Die Regierung soll durch die Vertreter der Parteien veranlaßt werden, mit den Unternehmerverbänden wegen der Preisfestsetzung der nach Rußland zu liefernden Produkte zu verhandeln, und zwar sollen für die Lieferung nicht die erhöhten Auslandspreise, sondern die in Deutschland üblichen Preise festgesetzt werden. Ferner soll die Lieferung erfolgen unter der Gewährung von langfristigen Krediten zu günstigen Zins- und Abzahlungsbedingungen. Die Regierung soll veranlaßt werden, jede Erleichterung für den Transport und die Ausfuhr nach Rußland zu gewähren und die bestehenden Ausfuhrabgaben nach Rußland für die Hilfsaktion aufzuheben. Was im einzelnen von der Regierung gefordert werden soll, steht noch nicht fest, es soll darüber noch eine Verständigung unter den Parteien erfolgen. Es muß aber auch die Arbeiterschaft für diese Belieferungsaktion in Bewegung gesetzt werden, damit hinter die Verhandlungen, die die Arbeiterführer mit der Regierung pflegen, der nötige Druck gesetzt wird. Auch durch die Betriebsräte muß auf die Unternehmer im Sinne der vorstehenden Forderungen eingewirkt werden.

III. Neben diesen unmittelbar praktischen Hilfsaktionen muß die politische Aktion der Arbeiterschaft stehen, indem durch Betriebs- und Gewerkschaftsversammlungen, öffentliche Versammlungen, durch Demonstrationen die Arbeiterschaft sich für das Bündnis mit Sowjetrußland einsetzt und seinen Willen kundtut, gegen alle konterrevolutionären Maßnahmen gegen Rußland mit aller Energie Front zu machen. Das kann am besten geschehen, wenn die revolutionäre Bewegung im eigenen Lande gesteigert und die Arbeiterschaft so dem Ziele näher gebracht wird, die Konterrevolution im eigenen Lande niederzuschlagen und dadurch sich selbst und Sowjetrußland die beste und eine wirklich [illegible] Hilfe zu verschaffen.

Die Zentrale der VKPD.

Kampforganisation der Deutschnationalen

Spitzelabteilung in der Deutschen Tageszeitung. — Herr Scheuermann als Geldgeber. — Der Spitzel von Hoyningen-Hünen. — Generalmajor Strempel und der Deutschvölkische Schutz- und Trutzbund.

Es ist der deutschen Arbeiterschaft seit langem bekannt, daß sich unter den Augen der scheinsozialistischen und demokratischen Regierung allmählich Kampforganisationen legaler Art, die Reichswehr und Schupo, illegaler Art als Einwohnerwehr, Selbstschutzverbände und dergleichen heranbilden, die unter dem Vorwand, die Verfassung zu schützen, auf die sie selbst natürlich pfeifen, ein umfangreiches und dichtmaschiges Netz über die Arbeiterschaft auszuwerfen bestrebt sind. Wir sind neuerdings in den Besitz einiger Dokumente gelangt, die besonders auf das konterrevolutionäre und bewußt verfassungswidrige Verhalten der Deutschnationalen Partei und ihrer befreundeten Kreise ein helles Licht werfen. Es wird den Herrschaften nicht gelingen, die Echtheit auch nur eines Dokumentes zu bestreiten, vielleicht werden sie es gar nicht versuchen, sie sind des wohlwollenden Schutzes der Regierung gewiß. Die Arbeiterschaft aller Parteien, auch die der Unabhängigen und Rechtssozialisten, muß aber aus diesen Dokumenten die Lehre ziehen, daß die ungeheure und durch reichste Geldmittel gestützte Kraft der Konterrevolution nur gebrochen werden kann durch den einheitlichen und revolutionären Zusammenschluß aller Proletarier.

Als im Frühjahr vorm Jahr die Arbeiterschaft Westfalens die Kapprebellen davongejagt hatte, marschierten bekanntlich unter Bruch des Bielefelder Abkommens Reichswehr und Schupo in Rheinland-Westfalen ein, hausten dort in bestialischer Art und Weise, mordeten und plünderten, raubten und henkten viehisch, kurzum bewährten sich im Sinne der Noske und Konsorten. Von diesem Tage ab datiert auch das Bestehen der illegalen Organisationen der Deutschnationalen, und die Aufnahme einer Verbindung, die zwischen den Bureaus der „Deutschen Tageszeitung" und den Rheinisch-Westfälischen Selbstschutzverbänden der Stinnes und Konsorten besteht. Als Verbindungsmann suchte sich die Deutschnationale Volkspartei einen Herrn von Hoyningen-Hünen aus. Als Qualifikation dieses jungen Mannes diente dreierlei: 1. daß sein Onkel im Kriege Kommandant des 14. deutschen Armeekorps war, 2. daß angeblich der Vater dieses Hoyningens von den Bolschewisten vertrieben worden war und 3. daß sich H.-H. in der Kappzeit bewährt hatte. Bekanntlich waren die Deutschnationalen gegen die Kappunternehmungen, trotzdem aber forderten sie von ihm ein Zeugnis ein und erhielten es von dem Generalmajor Strempel, dem bekannten kommandierenden Kappisten. Es lautet folgendermaßen:

Zeugnis.

Herr Baron von Hoyningen-Hünen, vom Reichswehrgruppenkommando I hat vom 14. bis 21. März d. J. für die Kommandantur Spandau im politischen Nachrichtendienst gearbeitet. Er hat seine Tätigkeit zur vollen Zufriedenheit versehen.

Spandau, den 25. März 1920.

Kommandeur
gez. Strempel, Gen.-Major.
Stempel.
Königl. Preuß. Kommandantur, Spandau.

Aus diesem Dokument geht hervor, daß Herr von Hoyningen-Hünen seine Stellung am 21. März angetreten hat. Also merkwürdigerweise an einem Sonntag. Daß er ausgerechnet vom 14. März bis 24. März, also während der Kapptage beschäftigt wurde, wirft ein bezeichnendes Licht auf den „politischen Nachrichtendienst" der Spandauer Kommandantur, ein noch besseres Licht auf den Herrn Generalmajor Strempel, der dem Herrn von H.-H. seine volle Zufriedenheit dafür aussprach. Das hat allerdings dem Herrn Strempel bei seinem Fortkommen in der deutschen Republik nichts geschadet. Er ist jetzt in die Hauptverbindungsstelle des Reichswehrministeriums berufen worden, und zwar ausgerechnet in die 3. Unterkommission für Waffen. Es ist also wieder einmal der richtige Mann an den richtigen Platz gestellt worden, damit der nächste Putsch besser vorbereitet ist. Mit dieser Empfehlung des Kapp-Strempel trat also der von Hoyningen seine Stellung als Spitzel der „Deutschen Tageszeitung" in Rheinland-Westfalen an. Von den Juni-Tagen des Jahres 1920 bis in das Jahr 1921 hinein versah er diese Stellung mit einem wirklich bewundernswürdigen Fleiß, wenigstens nach den acht umfangreichen Büchern zu urteilen, die in unserem Besitz sind, gefüllt mit Spitzelberichten über die rheinisch-westfälische Arbeiterschaft und über die Selbstschutzbestrebungen der Herren Stinnes und Konsorten. Ueber den tatsächlichen Wert der Berichte ist man sich ohne weiteres im klaren, wenn man bedenkt, mit welch ungeheuren Geldmitteln Hoyningen-Hünen seine Arbeit leisten konnte. Wir sind im Besitze einer ganzen Anzahl Postanweisungen, die direkt von Berlin, d. h. von Scheuermann, von der „Deutschen Tageszeitung" an Hoyningen gingen. Er erhielt fast täglich 1000 M., am 27. März allein 3000 M. und dergl. mehr. Mit diesen Mitteln läßt sich schon gute Spitzelarbeit leisten, insbesondere wenn auch noch dazu russische Uniformen, photographische Apparate und dergl. mehr von den Geldgebern aus der „Deutschen Tageszeitung", den Tschermak, Scheuermann und Genossen, zur Verfügung gestellt werden. Die Selbstschutzverbände der rheinischen Großindustriellen werden in diesen Berichten, die zweifellos von nationaler Seite gut inspiriert sind, in klarster Weise beschrieben. So finden wir die Selbstschutzleitung von Essen folgendermaßen angegeben: (Seite 27 des 2. Bandes der Hoyningschen Berichte):

1. Dr. Gustav Graf von Bohlen und Halbach, Villa Hügel 1.
2. Bücher, Franz, Geh. Oberjustizrat, Schweigerstr. 39.
3. Polizeikommissar E. Fischer, Recklinghauserstr. 68, Stadthaus.
4. Körner, Richard, Bergwerksdirektor.
5. Kom.-Rat und Hüttenbesitzer Funcke.
6. Bergrat Geldfuhl usw.

Die Selbstschutzleitung von Gelsenkirchen auf S. 30, Bd. 2.

1. Bergrat Otto Müller, Geiserstr. 51.
2. Direktor Heinrich Winckmann, Kaiserallee 30.
3. Bergassessor Franz Burgers.
4. Bergwerksdirektor Eugen Lindenberg, Glückaufstr. 61.
5. Bergwerksdir. Karl Held von der Zeche Mathias Stinnes.

Die Selbstschutzleitung von Mülheim a. d. Ruhr.

1. Kom.-Rat Gerhard Kuhe, Uhlenhorster Weg 25.
2. Bergassessor Emil Stenz, Schulstr. 10.
3. Kom.-Rat Hugo Stinnes, Hindenburgstr. 21.
4. Grubeninspektor Alfred Barking, Grubenstr. 47.
5. Albert Lenz, Königsberger Str. 25.
6. Fabrikbesitzer Thyssen usw.

Eine Anmerkung des von H.-H. besagt zu demselben Bericht: Jede einzelne Person hat eine Nummer, Name wird vorsichtshalber in dem Bericht nicht genannt. Nachdem der von H.-H. [illegible] die Selbstschutzleitungen ganz Westfalens hat, geht er an die Bespitzelung der Arbeiter heran, und zwar auch hier, wie man von einem Mann seines Schlages nicht anders erwarten kann, mit Bestechungs- und Korruptionsmitteln. So schreibt er in Band 5, S. 18 seiner Berichte vom 1. Juli 1920: Mir wurde, als ich heute von Elberfeld nach Hagen kam, in Hagen von dem KPD-Führer S., der von Berlin aus kam und der es nicht abwarten kann, bis es zum Aufstand kommt, um sich die Taschen zu füllen, die Pläne von 6 Waffenlagern angeboten. (Ein merkwürdiges Verfahren, wenn S. den Aufstand wirklich beschleunigen wollte.) Ich erhielt sie gegen Belohnung, da er genau zu wissen glaubt, wo die betreffenden Waffen sich befinden; ich werde ihn nunmehr zu einer Beratung bei einer Flasche einladen, denn ich merke, daß er billiger wird und leicht zu überreden ist, werde ich hoffentlich die ganzen Pläne ohne weitere Bezahlung (Bestechung) erhalten. Sollte dieses nun nicht der Fall sein, so muß ich zur Bestechung greifen. Bitte für das Nötige freundlichst zu sorgen. Daß von H.-H. ein freundliches Gemüt ist, wird man danach nicht gerade behaupten können. Seiner Berliner Leitung schlägt er fernerhin vor, und zwar auf Seite 4 Bd. 4: „Also Wanne muß sehr schnell von Süden angegriffen werden von der Reichswehr. Ich melde, wann der Transport da ist (in Wanne) bei dem Wehrkreiskommando VI oder einer anderen sicheren Stelle. Die Reichswehr darf aber die **Häftlinge nicht nur festnehmen, sondern muß sie dann beseitigen."** Aus diesen Vorschlägen des nationalen Schurken sieht man also, daß zwischen der illegalen Leitung der Deutschnationalen Volkspartei und dem Wehrkreiskommando VI oder einer anderen „sicheren" Stelle in den Kapptagen ein herrliches Zusammenarbeiten bestand. Die schamlosen Bluttaten der Reichswehr in Rheinland-Westfalen erreichen dadurch eine überraschende Aufklärung.

Als die „herrliche" Reichswehr ihre Blutarbeit verrichtet hatte, als die Zeitfreiwilligen und Studenten des bayerischen Schlächters Epp wieder abgezogen waren, als der heldenhafte Kampf der westfälischen Arbeiter im Blut erstickt war, wird die Arbeit für den bezahlten Spitzel der Deutschnationalen Volkspartei schwieriger. Sein Konsum an Wein, Weib und Gesang, allmählich stärker, als es der Deutschnationalen Volkspartei angenehm ist. So haben wir ein an H.-H. gerichtetes Telegramm [illegible] uns „erbitte Drahtbescheid, ob nicht Verbilligung weiterer [illegible] möglich ist." Dieses Telegramm stammt vom 22. August. Gleichzeitig telegraphiert Scheuermann an demselben Tage: „Bitte [illegible] nach Möglichkeit einschränken. Nicht mehr an Dir. Tschermak schreiben, da dieser gänzlich unbeteiligt." Aus dieser Meldung geht hervor, daß Scheuermann der illegale Leiter der Deutschnationalen Volkspartei war, während Tschermak, ein Direktor der „Deutschen Tageszeitung", nur als Geldmann fungiert. Die Telegramme an H.-H. werden aber immer dringender. Er fängt allmählich an, Schulden zu machen, wie er in einem Briefe selbst gestehen muß, sieht sich schließlich veranlaßt, nicht nur allein, sondern auch durch eine Weibsperson regelmäßige Erpressungen an Scheuermann zu begehen, die nun ihrerseits wieder Herrn Scheuermann auf den Plan rufen, der jetzt seine „kostbaren Spitzel" gerne beseitigen möchte. Am 22. September schreibt er ihm, daß er ihm noch einmal einen weiteren Betrag zugehen ließe, bittet ihn aber nochmals, die Kosten zu verringern. Am 28. September verlangt er von ihm sofortige Einstellung seiner Tätigkeit und möglichst Quittungen über seinen Aufwand. So nimmt denn der Fall von H.-H. ein tragisches Ende. Wer aber gedacht hat, daß der Spitzel in dieser seiner heldenhaften Laufbahn zunächst in der Deutschnationalen Volkspartei etwas hätte zurücktreten müssen, ist im Irrtum. Es gibt einen noch tieferen Grad politischer Gemeinheit und das ist der rechtsradikale Flügel der Deutschnationalen, d. h. die Deutschvölkischen. Bei diesen sucht er zunächst Unterschlupf und fand ihn auch. Uns liegt ein vom 3. November 1920 datiertes Schreiben vor, das folgendermaßen lautet:

Deutschvölkischer Schutz- und Trutzbund, Gau Groß-Berlin.
Berlin, Burgstraße 24 (Zimmer 57).

Berlin, den 3. 11. 20.

Seiner Hochwohlgeboren
Herrn Puls, Berlin, Wullenweberstraße 8.

Lieber Herr Puls.

Entschuldigen Sie bitte, wenn ich Sie wieder mit einer Bitte belästige. Jedoch gilt es, einen sehr tüchtigen Mann für unsere Bewegung zu retten. Der Ueberbringer dieser Zeilen, Herr Baron von Hoyningen-Hünen ist mir seit 1½ Jahren persönlich bekannt und war ich selbst über ein Jahr zusammen mit ihm im politischen Dienste tätig. **Herr von H.-H. war im letzten halben Jahr im Ruhrgebiet in besonderem Auftrage tätig. Er hat seine ihm gestellten** Aufgaben vorzüglich gelöst. **(!!) Zur Person des H.-H. möchte ich noch bemerken, daß sein Vater baltischer Großgrundbesitzer ist, jedoch von den Bolschewisten von seinen Gütern vertrieben wurde. Sein Onkel war Kommandant des 14. deutschen Armeekorps. Sie sehen also, er stammt aus einer vollkommen auf nationalem Boden stehenden Familie.**

Ich möchte Sie nunmehr bitten, doch wenn irgend möglich zu versuchen, Herrn Baron von H.-H. **auf ein größeres Gut unterzubringen, damit er dort im nationalen Sinne wirken kann.**

Mit bestem Dank für Ihre Bemühungen verbleibe ich

Mit treudeutschem Gruß

Ihr sehr ergebener

gez. Arthur Schmolke.

Mit dieser Empfehlung des ehrenwerten Herrn Schmolke vom ehrenwerten Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbund geht also [illegible] an Puls. Die weitere Entwicklung zeigt folgendes Schriftstück, das uns gleichfalls im Original vorliegt:

H. Puls, Fernsprecher Norden 9021
C. 2, Burgstraße 27 S. H.
S. H.

Herrn Rittergutsbesitzer von Kuenheim,
auf Rittergut Panzlin bei Meyenburg.

Sehr geehrter Herr von Kuenheim!

Ein Herr von Hoyningen-Hünen, ein noch jüngerer Herr, den ich auch persönlich durch den Geschäftsführer unseres Bundes, Herrn Arthur Schmolke, kennen gelernt habe, möchte sich möglichst auf einem Gute im nationalen Sinne betätigen. Ich empfehle Ihnen diesen Herrn besonders und bitte Sie, Herrn von H.-H. helfen zu wollen. Wie ich auch von Herrn Schmolke hörte, hat Herr von Hoyningen-Hünen außerordentlich für das Deutschtum gearbeitet.

Mit treudeutschem Gruß

gez. Puls.

So zieht denn also Herr von Hoyningen-Hünen, undankbar verstoßen von der einen Seite der Deutschnationalen, dankbar aufgenommen von der anderen Seite, auf ein Gut, um sich dort in nationalem Sinne zu betätigen, d. h. um weitere Freikorps zu bilden. An seine Stelle in der illegalen Kampforganisation bei Herrn Scheuermann tritt ein anderer. Die Arbeit erleidet keine Verzögerung. Wir lassen es für das erste an diesen Dokumenten genug sein. Das eine geht klar hervor, daß nicht nur innerhalb der Deutschnationalen Volkspartei, des Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes, sondern bis hinein in das Reichswehrministerium zu Herrn Major Strempel, Fäden einer ganz systematischen Kampforganisation laufen, die nicht nur in den letzten Tagen des Kampfes gegen das Proletariat selbst, wie in den Tagen der Ruhrkämpfe, sondern bis auf den heutigen Tag reibungslos und mit Begünstigung der amtlichen Stellen arbeiten können. Die Heuchelei der Deutschnationalen und besonders ihrer „Deutschen Tageszeitung", ist mithin entlarvt. Sie mögen noch so viel Pläne über die „Rote Armee" veröffentlichen, nach diesen Dokumenten wird die deutsche Arbeiterschaft wissen, daß diese Enthüllungen nichts anderes sind, als der bekannte Schrei: „Haltet den Dieb!" Die Arbeiterschaft aber darf diesem Treiben nicht länger mehr tatenlos gegenüberstehen, wenn sie nicht eine Wiederholung der Schlächtereien im Ruhrgebiet erleben will. Sie muß die Reaktion bekämpfen mit den Waffen der Reaktion, sie muß den Spitzelorganisationen, den Selbstschutzorganisationen, der monarchistischen Schutzpolizei und der Reichswehr entgegensetzen den einheitlichen Willen zum Kampf und einen organisierten proletarischen Selbstschutz.